



## **Einige ausgewählte Ergebnisse der Umfrage im Detail**

*Befragungszeitraum: 25.06.-29.07.2020*

*Befragung mittels online-Fragebogen und Telefon-Interviews*

*Stichprobe: 707 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister*

*Institut: Demox Research*

Zentrale Frage der aktuellen Bürgermeisterumfrage war der Umgang der Bürgermeister mit der Corona-Krise. Aus Sicht der eigenen Gemeinde bewerten 95 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister rückblickend die Corona-Krise gut überstanden zu haben. Die seit Mitte März gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Krise durch die Bundesregierung werten 93 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als richtig und notwendig.

### **Corona-Maßnahmen in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern**

Auf die Frage nach den Corona-Maßnahmen in Österreich verglichen mit anderen Ländern meinen ein Großteil der Bürgermeister (72 Prozent „wesentlich besser“, 26% „etwas besser“), dass Österreich bis jetzt besser abgeschnitten hat, als andere Länder. Bemerkenswert bei dieser Frage ist, dass Bürgermeister von kleineren Gemeinden (bis 2000 Einwohner) dieser Tatsache deutlicher zustimmen (75%), während in größeren Gemeinden (mehr als 5000 Einwohnern) nur 57 Prozent der Ortschefs dieser Meinung sind.

### **Zweite Welle oder wirtschaftliche Folgen**

Der Ausblick auf die nächsten Monate ist für die Bürgermeister eher düster: Auf die Frage, was sie eher befürchten, eine zweite Welle von Infektionen oder die wirtschaftlichen Folgen der Krise auf die Gemeinden, antworten 69 Prozent letzteres und 27% ersteres.

### **Größte Herausforderungen in den Gemeinden während der Corona-Krise**

Die größten Herausforderungen während der Corona-Krise sehen die befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Bereich der Finanzen, konkret im Rückgang der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer (95 Prozent), gefolgt von bisher eingetretenen Einbußen bei Geschäften und Gaststätten (82%), Problemen mit Verordnungen/Erlässen (75 %), Hürden im Vereinsleben (69 %). Aber auch die Kinderbetreuung und die damit verbundenen Schutzvorkehrungen erwiesen sich als große Herausforderung (67%). Am wenigsten machten sich die Bürgermeister Sorgen bei der Versorgung von Risikopatienten (23%).

### **Gemeindeordnungen krisentauglich**

Konkret auf die Krisentauglichkeit der Gemeindeordnungen angesprochen, finden 61 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dass die aktuelle Rechtsordnung funktioniert. 29% wünschen sich hingegen eine Überarbeitung. Interessant ist, dass diese Frage unterschiedliche Bundesländer-Ergebnisse aufweist: Der Westen (Vorarlberg und Tirol) ist mit der aktuellen Gemeindeordnung stärker zufrieden (70%), als der Zentralraum (OÖ, Sbg.) mit 56%, oder der der Nord-Osten (NÖ, Bgld) mit 59% sowie der Süden (Ktn, Stmk) mit 63 Prozent.





## **Information zu Covid-Erkrankten in der Gemeinde**

Die Frage nach der Wichtigkeit für ihre Arbeit, Daten von an Covid erkrankten Personen in der Gemeinde zu bekommen, beantworteten 59 Prozent der Bürgermeister mit „ein wichtiger Punkt“. 38% Prozent fanden es nicht so wesentlich.

## **Aussagen zur Corona-Krise**

Gefragt nach zutreffenden Aussagen in der Coronavirus-Krise sehen sich 97 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als „erste Ansprechpartner für die Bevölkerung in Krisenzeiten“, 86% sehen den dringenden Handlungsbedarf beim Ausbau von schnellem Internet, 85% finden, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Krise gestiegen ist, 84 % finden, es braucht einen Krisenfonds für Gemeinden, der die Mehrkosten der Krise abdeckt, 68% finden es braucht eine Adaptierung und Flexibilisierung des Dienstrechts für Mitarbeiter, 65 % sehen, dass die Eigenverantwortung der Gemeindebevölkerung in der Krise zugenommen hat und 44% meinen, die Coronakrise war zwar ungewöhnlich, sie hätten aber schon ganz andere Herausforderungen in der Gemeinde gemeistert.

## **Belastung im Amt**

51 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehen sich einer großen Belastung verbunden mit ihrem Amt ausgesetzt. Interessant ist, dass die Frauen eine größere Belastung (54%) empfinden, als ihre männlichen Kollegen (50%). Interessant ist auch, dass alle Bürgermeister die Belastungen im Jahr 2019 (56%) noch stärker empfunden haben, als aktuell (51%).

## **Notwendigkeit zum Kommunizieren zwischen Gruppen hat zugenommen**

Fragt man die Bürgermeister nach der Notwendigkeit zum Kommunizieren und Erklären zwischen Gruppen der Bevölkerung z.B. bei Interessenskonflikten, Nachbarschaftsstreitereien etc., so meinen 71% der Befragten, dass dies zugenommen habe. 2019 waren es noch 60%. 27% (38% 2019) meinen, es ist gleichgeblieben. Bemerkenswert ist, dass Frauen die Notwendigkeit zum Vermitteln weniger stark wahrnehmen (68%) als ihre männlichen Amtskollegen (71%).

## **Arbeitsbelastung hat in der Corona-Krise zugenommen**

50 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeiste geben an, dass die Arbeitsbelastung für Sie als Bürgermeister in der Corona-Krise spürbar zugenommen hat, 48% geben an, dass die Belastung in der Corona Krise gleich wie sonst sei. Bürgermeisterinnen (62%) nehmen die Belastung in der Corona-Krise stärker wahr, als ihre männlichen Kollegen (48%).

## **Kommunikationswege in der Corona-Krise**

In der aktuellen Bürgermeisterumfrage wurden auch die Kommunikationskanäle der österreichischen Bürgermeister während der Corona-Krise abgefragt. Ein Großteil der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (64%) gibt dabei an, per Aushang an zentralen Plätzen, Supermärkten, Apotheken kommuniziert zu haben, 63% per Telefon (Handy), 57% per Email, 54% über soziale Netzwerke wie Facebook etc. und 40% per Whatsapp. 38% geben an, andere Mittel genutzt zu haben.

